

Wir sichern Deutschlands Zukunft

Mehr Kinder. Bessere Bildung. Starke Familien

FAKTEN UND ARGUMENTE





Viele junge Frauen und Männer in Deutschland wollen Kinder. Dennoch erfüllen sich zu viele Paare diesen Wunsch gar nicht oder erst sehr spät – wenn die berufliche Existenz gesichert ist. Das bedeutet auch, dass die Zahl der Familien mit mehr als zwei Kindern bei uns immer mehr abnimmt.

In anderen europäischen Ländern – vor allem in den skandinavischen – erleben wir eine andere Entwicklung. Hier gibt es eine vergleichsweise hohe Geburtenrate. Schaut man hinter die Kulissen, erkennt man, dass dies Gründe hat: Die Eltern sind nach der Geburt wirtschaftlich besser abgesichert, die Betreuungsangebote sind umfassender, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist gewährleistet.

Mit diesem „Fakten und Argumente“ wollen wir über die Situation von Familien informieren und auf gute Beispiele – auch aus dem Ausland – hinweisen. Wir müssen neue Ansätze der Familienpolitik verwirklichen. Denn nur als kinderfreundliche Gesellschaft haben wir eine gute Zukunft. Ich möchte alle dazu einladen mitzudenken und mitzudiskutieren.

Frank Ritsch

UNSERE KAMPAGNE „ZUKUNFT MIT KINDERN“

Mehr Kinder. Bessere Bildung. Starke Familien.

„Wir wollen, dass in unserem Land wieder mehr Kinder geboren werden. Eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen und später dann auch Enkel – das ist und bleibt für die meisten Menschen die entscheidende Grundlage für Lebenszufriedenheit. Zugleich können allein Kinder und Familien den Fortbestand unserer Gesellschaft garantieren. Ein Land ohne Kinder ist in jeder Hinsicht ein Land ohne Zukunft – sozial, wirtschaftlich und kulturell. Nur eine kinderfreundliche Gesellschaft kann eine dynamische und eine wachstumsstarke Gesellschaft sein. Deshalb braucht Deutschland eine Familienpolitik, die es jungen Frauen und Männern leichter macht, ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne dabei ihre beruflichen Wünsche und Perspektiven zu gefährden. Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir kein einziges Kind auf seinem Entwicklungsweg zurücklassen. Alle Kinder haben dasselbe Recht auf gute Betreuung und Bildung von Anfang an! Ob es gelingt, massiv und zielgenau in Kinder, in Familien und in Bildung zu investieren, ist eine fundamentale Frage der gerechten Verteilung von Lebenschancen und der Zukunft unseres Landes im 21. Jahrhundert.“ (Aus dem Beschluss „Deutschlands Zukunft sichern“)

Am 16. Januar 2006 hat der SPD-Parteivorstand auf seiner Klausurtagung in Mainz eine familienpolitische Kampagne beschlossen. Ziel der Kampagne ist es, Perspektiven für eine zukunftsorientierte sozialdemokratische Familien- und Kinderpolitik zu entwickeln und die Diskussion darüber in die Gliederungen der Partei und in die Gesellschaft zu tragen.

Elemente der Kampagne

- Beschluss „Deutschlands Zukunft sichern“
- Fachgespräche und Fachtagungen mit familienpolitischen Experten und Expertinnen sowie wichtigen Multiplikatoren
- Kampagnentag im „Willy-Brandt-Haus“
- Weiterentwicklung des Forums „Familie“ zu einem Forum „Kinder, Jugend und Familie“
- Erstellung eines Masterplans „Zukunft mit Kindern“
- Herausgabe von Informations- und Öffentlichkeitsmaterialien zur Kampagne (Flyer, Wandzeitungen etc.)

In dieser Ausgabe von „Fakten und Argumente“ stellen wir die wesentlichen Bestandteile des Beschlusses „Deutschlands Zukunft sichern“ vor und ergänzen sie um wichtige Hintergrundinformationen und Anregungen für die Arbeit vor Ort.



Fünf Thesen zu einer zukunftsorientierten Familienpolitik

■ Familienpolitik ist die zentrale Zukunftsaufgabe

Nur eine Politik, die die Förderung von Kindern und Familien in den Mittelpunkt stellt, gibt Antworten auf zentrale Herausforderungen unserer Gesellschaft – z. B. dass wieder mehr Kinder in Deutschland geboren werden und dass wir in Deutschland ein Bildungsniveau erhalten bzw. wieder zurückgewinnen, das langfristig unsere internationale Konkurrenzfähigkeit und den Wohlstand sichert.

■ Frühe Förderung ist entscheidend

Die Benachteiligung und Ausgrenzung von Kindern ist die soziale Frage unserer Zeit. Nur wer Kinder früh fördert, minimiert langfristig ihr Armutsrisiko. Wir wissen längst, dass soziale Chancen schon im frühen Kindesalter vergeben werden. Was in den ersten sechs Lebensjahren eines Menschen versäumt wird, ist in der Schulzeit nur mit großer Anstrengung nachzuholen.

■ Kinderreichtum und wirtschaftliche Stärke bedingen einander

Eine schrumpfende Gesellschaft bedeutet weniger Wohlstand für alle. Eine kinderreiche Gesellschaft ist nicht nur menschlich reicher, sondern auch ökonomisch stärker. Politik für mehr Kinder zu betreiben bedeutet, jungen Frauen und Männern die Entscheidung für Kinder leichter zu machen. Zum Beispiel indem der Staat dabei hilft, finanzielle Risiken oder berufliche Nachteile, die junge Eltern immer noch hinnehmen müssen, zu begrenzen.

■ Soziale Dienstleistungen sind ein Wachstumsmarkt

Soziale Dienstleistungen wie Betreuung und Bildung sind eine Zukunftsbranche mit erheblichen Beschäftigungspotenzialen. Die Nachfrage nach Bildungs- und Betreuungsangeboten wird in den kommenden Jahren in einem derartigen Umfang steigen, dass sie nicht allein über den privaten Markt gestillt werden kann. Deshalb muss der Staat – auch in Zeiten knapper Kassen – hier eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.

■ Familie und Beruf müssen vereinbar sein

Die Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Familie hängt eng mit der Qualität der Kinderbetreuung und der Unterstützung von Familien zusammen. Eine höhere Frauenerwerbsquote in Deutschland und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nur zu erreichen, wenn wir hier Fortschritte erzielen.

1998 - 2005

Unsere Erfolge in der Familienpolitik

■ Mehr Kindergeld

Wir haben seit 1998 das Kindergeld für das 1. und 2. Kind um 42 Euro (+37 %) erhöht: von 112 Euro auf 154 Euro im Monat. Allein dadurch hat heute eine Familie mit zwei Kindern 1.008 Euro jährlich mehr zur Verfügung als 1998.

■ Weniger Steuern

Seit 2005 zahlt eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.650 Euro unter Einrechnung des Kindergeldes keine Steuern mehr.

■ 4 Milliarden für Ganztagschulen

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ fördern wir die Einrichtung von Ganztagschulen in den Ländern von 2003 bis 2009 mit insgesamt 4 Mrd. Euro.

■ Bessere Betreuungsangebote

Mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz schaffen wir die Voraussetzung für mehr und bessere Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Bis 2010 sollen 230.000 neue Plätze geschaffen werden.

■ Flexible Elternzeit

Wir haben den Erziehungsurlaub zu einer flexiblen Elternzeit umgestaltet. Mütter und Väter können gemeinsam bis zu 3 Jahre in Elternzeit gehen und gleichzeitig in Teilzeit arbeiten oder sich untereinander bei Erziehung und Erwerbstätigkeit abwechseln.

■ Recht auf Teilzeit

Das Recht auf Teilzeitarbeit hilft Familien ebenfalls bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Demografische Entwicklung

Zahlen zum demografischen Wandel

Kinder und Familie

- Seit 1972 werden in Deutschland weniger Menschen geboren als im selben Jahr sterben.
- Mit heute durchschnittlich rund 1,4 Kindern je Frau ersetzt die Kindergeneration in Deutschland nicht die Elterngeneration.
- Eltern werden immer älter: Westdeutsche Frauen waren 1980 bei der Geburt des ersten Kindes durchschnittlich 27,1 Jahre alt, 1999 waren es bereits 28,9 Jahre. In Ostdeutschland hat sich das durchschnittliche Alter der Mütter im gleichen Zeitraum von 24,5 auf 27,5 Jahre erhöht.
- Der Anteil kinderloser Frauen in Westdeutschland ist heute mit rund 25 Prozent einer der höchsten in der Welt.
- Bis zu 31 % der westdeutschen Akademikerinnen zwischen 38 und 43 Jahren leben ohne Kinder. Bei den Männern liegt dieser Anteil noch höher – bei 50 Prozent der unter 40-Jährigen.

Alter

- Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich in Deutschland seit etwa 1870 mehr als verdoppelt: bei den Männern von 35,6 auf 75,9 Jahre in 2002, bei den Frauen von 38,5 auf 81,6 Jahre.
- Die Anzahl der über Hundertjährigen ist seit 1960 rapide gestiegen. Gab es damals in Westdeutschland noch weniger als zwei Personen dieser Altersgruppe je einer Million Einwohner, waren es 1980 bereits im Schnitt 12 und 2000 schon 82 Personen.

Bevölkerungsrückgang bedroht Deutschlands Zukunft

Mehr Kinder – mehr Wachstum und Wohlstand

In Deutschland werden zu wenig Kinder geboren. Seit dem Baby-Boom der sechziger Jahre sinkt die Geburtenrate – zuerst in Westdeutschland, nach der Vereinigung auch in Ostdeutschland – kontinuierlich. Zurzeit liegt Deutschland mit einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau am hinteren Ende der europäischen Skala.

Langfristig hat die niedrige Geburtenrate einen entscheidenden Einfluss auf wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in Deutschland. Bei einer stagnierenden Geburtenrate von 1,4 sinkt die deutsche Einwohnerzahl von jetzt rund 82 Millionen bis 2050 auf rund 60 Millionen. Selbst bei einem Anstieg auf eine Geburtenrate von 2,1 lässt sich die heutige Bevölkerungszahl nicht mehr halten.

Eine sinkende Bevölkerungszahl, die darauf beruht, dass immer weniger jungen immer mehr alte Menschen gegenüberstehen, bedeutet natürlich auch, dass die Zahl der erwerbsfähigen Menschen immer mehr abnimmt. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung kommt in einer Studie aus dem letzten Jahr zu folgenden Schlussfolgerungen:

- Spätestens nach dem Jahr 2015 wird in Deutschland das Angebot an Arbeitskräften wegen des Bevölkerungsrückgangs spürbar abnehmen.
- Das Tempo, mit dem das Erwerbspersonenpotenzial sinkt, beschleunigt sich in den kommenden Dekaden deutlich. Auch ein kräftiger Anstieg der Erwerbsquoten der Frauen und eine umfangreiche Zuwanderung können diesen Prozess nur noch verlangsamen, aber nicht mehr aufhalten.

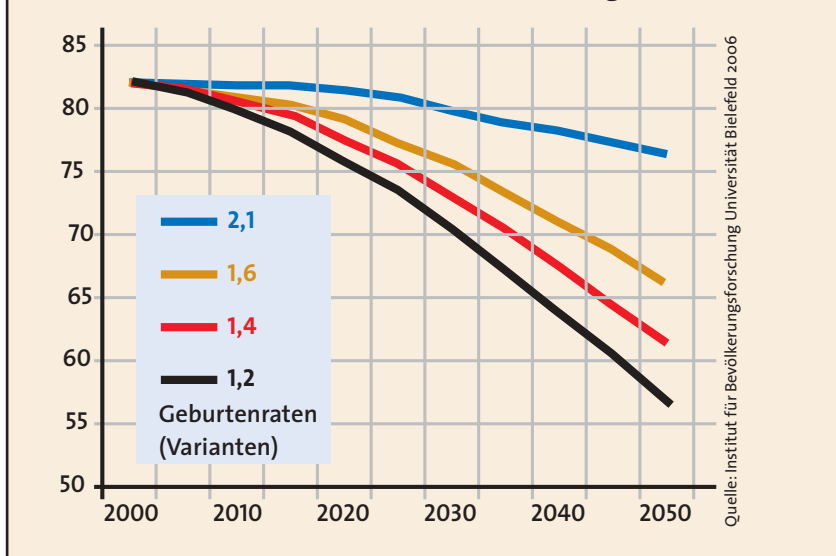
Deutschland liegt hinten: Geburtenraten in der Europäischen Union

	Geburtenrate in der EU (2004)	Einwohnerzahl in Millionen
Irland	1,99	4,1
Frankreich	1,90	60,6
Finnland	1,80	5,2
Dänemark	1,78	5,4
Schweden	1,75	9,0
Großbritannien	1,74	60,0
Niederlande	1,73	16,3
Belgien	1,64	10,4
Portugal	1,42	10,5
Österreich	1,42	8,2
Deutschland	1,37	82,5
Italien	1,33	58,8
Spanien	1,32	43,0
Griechenland	1,29	11,1
Polen	1,23	35,2

Quelle: Eurostat

Demografische Entwicklung

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bei verschiedenen Geburtenraten (ohne Zu- und Abwanderungen)



Quelle: Institut für Bevölkerungsforschung Universität Bielefeld 2006

- Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter des Erwerbspersonenpotenzials. Insbesondere die Zahl der Erwerbspersonen jüngeren und mittleren Alters sinkt dramatisch.
- Die starke Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen lässt ihren Anteil am gesamten Erwerbspersonenpotenzial auch in Zukunft steigen – allerdings mit leicht abnehmender Tendenz.

Diese Entwicklung hat Konsequenzen für alle Bereiche unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

- Eine sinkende Bevölkerung erzeugt weniger Nachfrage. Deutschland verliert als Produktions- und Investitionsstandort an Bedeutung.
- Ebenso sinkt die Nachfrage nach Wohnraum und öffentlicher Infrastruktur für eine junge Gesellschaft, wie z.B. Schulen und öffentliche Verkehrsmittel. Steigen wird die Nachfrage nach Dienstleistungs- und Hilfeangeboten für ältere Menschen, wie z. B. Pflegeeinrichtungen. Kommunalpolitik muss deshalb völlig neue Konzepte für die Probleme schrumpfender Städte und Gemeinden entwickeln.
- Ganz erhebliche Konsequenzen wird der demografische Wandel auf die Finanzierung unserer solidarischen Versicherungssysteme haben. Immer weniger Menschen werden die Beiträge für Renten- und Krankenversicherung aufbringen müssen. Die Bedeutung der Eigenvorsorge wird erheblich steigen, Konsequenzen für das Renteneintrittsalter haben wir schon jetzt ziehen müssen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist Deutschland auch darauf angewiesen, dass wieder mehr Kinder geboren werden. Ebenso werden wir die Zuwanderung in den nächsten Jahrzehnten kräftig anheben müssen. Andere europäische Länder, z.B. die skandinavischen Staaten, haben erheblich höhere Geburtenraten als Deutschland. Ihr Beispiel zeigt, wie erfolgreiche Familienpolitik dazu beitragen kann, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen.

Zuwanderung

- Ohne Nettozuwanderung würde die Bevölkerungszahl in Deutschland schon seit 1972 sinken.
- Zwischen 1950 und 2003 sind rund 35 Millionen Menschen – Deutsche und Ausländer – aus dem Ausland nach Deutschland gezogen. Im gleichen Zeitraum haben rund 25 Millionen Menschen Deutschland verlassen.
- Im Jahr 1970 gab es in Westdeutschland fast 3 Millionen Ausländer. Dies entsprach einem Anteil von 4,9 Prozent an der Bevölkerung. 2004 lebten rund 6,7 Millionen Ausländer in Deutschland – das sind 8,1 Prozent der Bevölkerung.
- Zwischen 1989 und 2003 sind fast 3,2 Millionen Menschen von Ost- nach Westdeutschland gezogen. In umgekehrter Richtung sind es nur 1,7 Millionen.

Konsequenzen

- Das mittlere Alter der Bevölkerung in Deutschland betrug 1910 noch 23,6 Jahre, 2003 waren es bereits 40,9 Jahre. Für das Jahr 2050 ist ein mittleres Alter von rund 50 Jahren zu erwarten.
- Die Bevölkerungszahl und insbesondere die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werden deutlich sinken.
- Diese demografische Entwicklung hat weitreichende gesellschaftliche und sozioökonomische Folgen. Unter anderem sind die Sozialversicherungssysteme, die Arbeitsmärkte und das Wirtschaftswachstum betroffen.

Quelle: Zentrum für demografischen Wandel, Rostock

www.zdwa.de

Moderne Familienpolitik

Blick auf die Nachbarn



Schweden

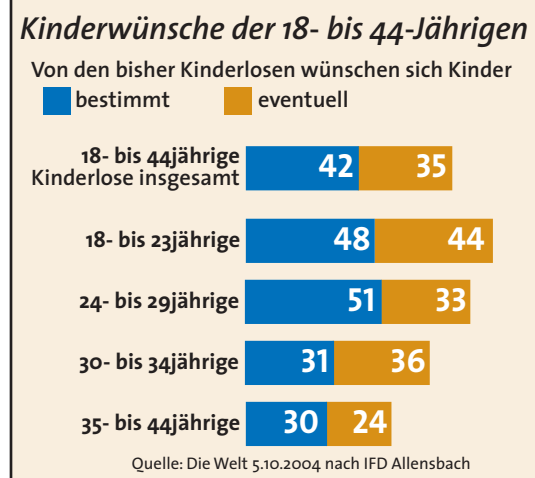
Der schwedische Wohlfahrtsstaat setzt auf Vollbeschäftigung und die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in den Arbeitsmarkt. Entsprechend ist die Familienpolitik in Schweden seit den 70er Jahren auf die Unterstützung berufstätiger Eltern ausgerichtet. Dafür hat der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen. Alle Kinder im Alter von 1-6 Jahren haben einen gesetzlichen Anspruch auf den Besuch einer Tagesstätte, wo sie ganztägig oder bis mittags von pädagogischem Personal betreut werden. Schulpflichtige Kinder im Alter von 7-14 Jahren haben Anspruch auf einen Platz in sogenannten Freizeiteinrichtungen, deren Programm sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientiert.

Zweites Standbein der schwedischen Familienpolitik ist der bezahlte Elternurlaub, der bereits 1974 anstelle des Mutterschaftsurlaubs eingeführt wurde. Nach der Geburt oder Adoption eines Kindes wird für 360 Tage ein Elterngeld in Höhe von 80% des Einkommens gezahlt. Davon sind inzwischen 60 Tage fest für den Vater bzw. die Mutter reserviert. Nach dieser Zeit kann für weitere 90 Tage ein einheitlicher Betrag von rund 6,50 Euro pro Tag bezogen werden. Hinzu kommt das zeitweilige Elterngeld für die Betreuung eines kranken Kindes bis zu 12 Jahren, das ebenfalls 80% des Einkommens beträgt und bis zu 120 Tage im Jahr gezahlt wird. Schweden ist es mit diesen Maßnahmen gelungen, eine im europäischen Vergleich hohe Geburtenrate mit einer hohen Frauenerwerbsquote zu verbinden.

Strategien für eine zukunftsorientierte Familienpolitik

Elterngeld, gute Betreuung und familienfreundliche Arbeitswelt

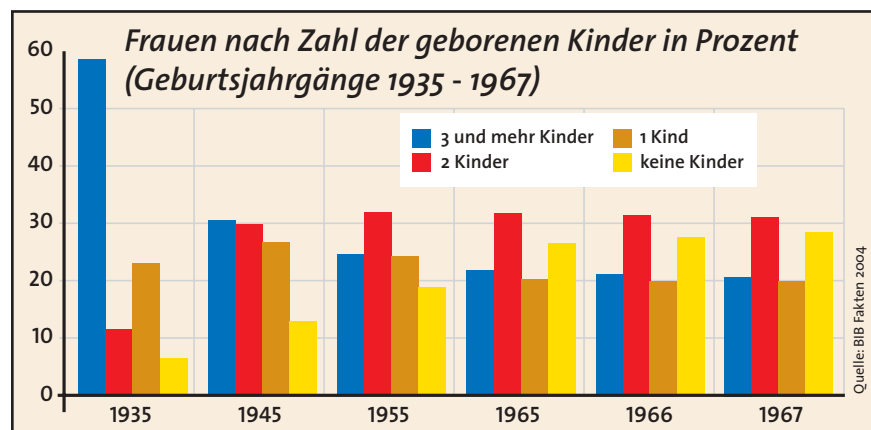
Viele junge Menschen in Deutschland wünschen sich eine Familie und ein Leben mit Kindern. Viele verwirklichen diese Pläne nicht, weil sie sich nicht mit ihren beruflichen Wünschen in Einklang bringen lassen oder ihre wirtschaftliche Situation eine existenzielle Absicherung einer Familie nicht ermöglicht.



Kinderentscheidung in der „Rushhour des Lebens“

Auffällig ist, dass sich in Deutschland die Lebensphase der Familiengründung von der in anderen europäischen Staaten stark unterscheidet.

- In Deutschland hat sich die Zeit der Familiengründung nach hinten verschoben. Viele Paare entscheiden sich erst jenseits der 30 für ein Kind.
- 1987 gabe es in der Gruppe der 25- bis 29-jährigen Frauen mit 41 % noch die meisten Geburten. 2003 traf dies auf die Gruppe der 30 bis 34-Jährigen zu, die nunmehr mit 33% an der Spitze steht.
- Die Ursache für diese Entwicklung liegt in spezifisch deutschen Lebensverläufen mit langer Ausbildung und entsprechend spätem Berufseintritt. Dies trifft besonders auf akademische Ausbildungen zu.
- Viele junge Männer und Frauen sind erst jenseits von 30 Jahren wirtschaftlich selbstständig und verfügen dann erst über eine eigene finanzielle Basis zur Familiengründung.
- Der Entscheidungszeitraum für oder gegen ein Kind beträgt bei Hoch-



Moderne Familienpolitik

Blick auf die Nachbarn



Finnland

In Finnland hat seit 1996 jedes Kind von 0-7 Jahren einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Eltern können dabei zwischen einem Platz in einer Kindertagesstätte, der Betreuung durch eine Tagespflegperson in einer Familientagesstätte oder durch einen Elternteil wählen. Jede Familie soll die für ihre Situation angemessene Betreuungsform wählen können. Zunächst hat jede Mutter nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf einen rund dreimonatigen Mutterschaftsurlaub. Ihm folgt ein Elternurlaub von 158 Tagen, der seit 1978 zwischen Vater und Mutter frei aufgeteilt werden kann. In dieser Zeit wird ein Elternschaftsgeld in Höhe von durchschnittlich 70% des Verdienstes gezahlt. Entscheiden sich nach Ende des Elternurlaubs Mutter oder Vater, ihr Kind weiter selbst zu betreuen, können sie sich bis zu dessen dritten Lebensjahr unbezahlt vom Job freistellen lassen oder in Teilzeit arbeiten und erhalten eine Betreuungszulage in Höhe von 63 Euro im Monat.

Das Hauptbetreuungsangebot in Finnland sind jedoch die Kindertagesstätten, die mindestens 10 Stunden täglich geöffnet sind. Hier werden jeweils vier Kinder unter drei Jahren bzw. sieben Kinder unter sieben Jahren von einer Erzieherin oder einem Erzieher betreut, so dass eine gezielte Förderung jedes Kindes möglich ist. Auch in Finnland sind aufgrund dieser Rahmenbedingungen bei hoher Geburtenrate die allermeisten Frauen erwerbstätig. Zugleich erreicht das Land laut Schulstudie „PISA“ die besten Bildungsergebnisse überhaupt.

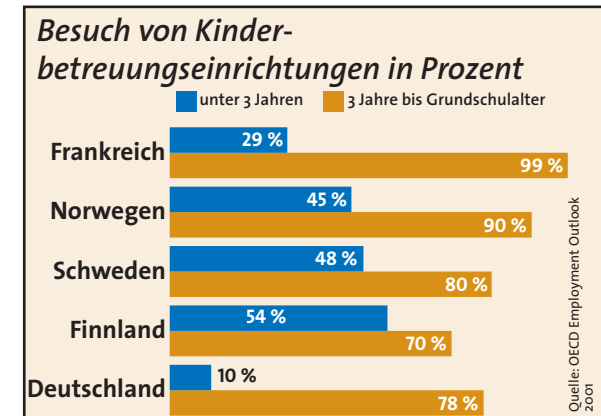
schulabsolventinnen nur noch rund fünf Jahre zwischen Ausbildungsabschluss und Berufseinstieg. In dieser relativ kurzen „Rushhour des Lebens“ treffen sie eine der wichtigsten Entscheidungen über ihre Zukunft. In anderen europäischen Ländern dehnt sich diese Entscheidungsphase auf einen viel längeren Zeitraum aus.

- Für viele junge Menschen gestaltet sich der Übergang in den Arbeitsmarkt schwierig und ist vielfach mit einer langen Phase von ungesicherten oder schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen verbunden („Generation Praktikum“). Das heißt: Die Geburt eines Kindes steigert vor allem für Frauen das Risiko, arbeitslos zu werden oder zu bleiben.
- Die Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität junger Menschen sind extrem hoch. Paare arbeiten oft in verschiedenen Städten und weit über 40 Wochenstunden hinaus. Das heißt: Auch mit unterstützender Betreuung ist ein Alltag mit Kindern nur schwer organisierbar.

Familie und Beruf müssen vereinbar sein

Dies alles zeigt, dass eine zukunftsorientierte Familienpolitik nicht allein auf eine finanzielle Förderung, z. B. durch Kinder- oder Erziehungsgeld setzen darf. Dafür stehen in Deutschland ausreichend Gelder bereit. Hinzu kommen muss ein gutes Dienstleistungsangebot für junge Eltern, etwa durch flächendeckende Betreuungsangebote.

Hier liegen wir im europäischen Vergleich noch hinten. Ebenso hilfreich sind flexiblere Arbeitszeiten und Teilzeit, die es Eltern ermöglichen, Familie und Beruf zu vereinbaren.



Öffentliche Ausgaben für Familien in Prozent des Bruttoinlandsproduktes

Land	Dienstleistungen (z. B. Kinderbetreuung)	Geldleistungen (z. B. Kindergeld)	Geburten pro Frau
Dänemark	2,23	1,54	1,8
Schweden	1,68	1,63	1,7
Finnland	1,44	1,92	1,8
Norwegen	1,38	2,23	1,8
Frankreich	1,23	1,46	1,9
Österreich	1,11	1,92	1,4
Deutschland	0,80	1,93	1,3
Großbritannien	0,49	1,73	1,6
Niederlande	0,40	0,81	1,8
Italien	0,30	0,58	1,3

Quelle: Nachhaltige Familienpolitik, Gutachten des BMFSFJ, 2003

Neue Förderinstrumente

Familienpolitik im SPD-Wahlmanifest

Im Gegensatz zur CDU hat sich die SPD in ihrem Wahlmanifest zur Bundestagswahl 2005 explizit für ein modernes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion ausgesprochen. Die CDU setzt weiter auf die Förderung der traditionellen Alleinverdiener-Ehe.



Auszug aus dem Wahlmanifest

„Wir werden das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umwandeln. Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können. Die Gleichstellung der Frau wird so gefördert. Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Durch bessere Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-jährige und Elterngeld vermeiden wir insbesondere bei Alleinerziehenden Kinder- und Familienarmut und sichern allen Eltern eine ununterbrochene Erwerbsbiographie. Wir halten an der 3-jährigen Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitanpruch fest.“

... Ziel bleibt es, Leistungen für Familien in einer Familienkasse zu bündeln. Wir wollen Familien helfen, Armutsrisiken zu vermeiden, insbesondere den Geringverdienenden und Alleinerziehenden. Der Kinderzuschlag soll fortentwickelt werden.“

Unsere Handschrift in der Großen Koalition

Das neue Elterngeld

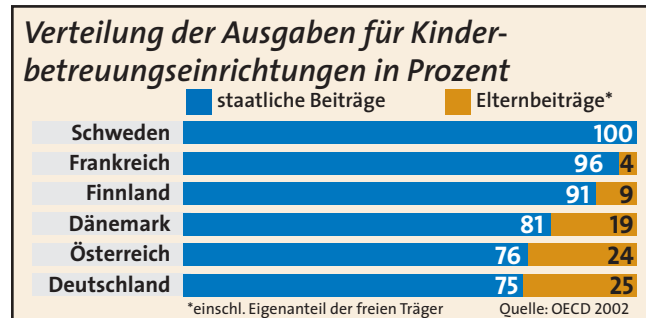
Die Idee eines Einkommensersatzes für Eltern im Jahr nach der Geburt eines Kindes stammt aus Skandinavien. Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Island und andere Länder machen damit seit Jahrzehnten gute Erfahrungen. Die Zahl der Geburten und die der erwerbstätigen Frauen ist deutlich höher als in Deutschland, die Familienarmut geringer.

Für junge Familien in Deutschland ist das Elterngeld, das 2007 eingeführt werden soll, eine kleine Revolution. Es beruht auf einem grundlegend anderen Ansatz als Leistungen wie Kindergeld oder Kinderzuschlag. Diese orientieren sich am Bedarf des Kindes. Die finanziellen Belastungen für junge Familien hängen aber weniger mit den Aufwendungen für ihre Kinder zusammen, sondern vor allem mit dem – in Deutschland meist sehr langfristigen Ausfall – eines Einkommens.

Hier setzt das Elterngeld an: Wie beim Arbeitslosengeld werden für ein Jahr 67% vom letzten Nettoeinkommen gezahlt. Ein Sockelbetrag für Nicht-Erwerbstätige und eine Obergrenze von 1800 Euro monatlich sorgen für die nötige soziale Ausgewogenheit. Um die Aufteilung der Familienarbeit gerechter zu gestalten, muss jeder Elternteil mindestens zwei Monate Elternzeit nehmen. Wer nach der Geburt eines Kindes seine Berufstätigkeit unterbricht, hat erstmals eine eigene wirtschaftliche Absicherung, was gerade für Alleinerziehende existenziell wichtig ist. Gleichzeitig wird die schnellere Rückkehr von Müttern in den Beruf gefördert. Und Väter, auf deren meist höheres Einkommen die Familien oft nicht verzichten konnten, haben mit der neuen Lohnersatzleistung zum ersten Mal die reale Chance auf eine „Baby-Pause“. Die bis zu dreijährige Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit bleibt erhalten.

Steuererleichterung für Betreuungskosten

2002 hatte die Bundesregierung durchgesetzt, dass Betreuungskosten erstmals steuerlich geltend gemacht werden konnten. Ab 2006 werden diese Möglichkeiten erheblich ausgeweitet. Alleinerziehende und berufstätige Paare können vom ersten Euro an 2/3 aller Kosten bis zu einer Obergrenze von 4.000 Euro pro Jahr und Kind geltend machen. Die Förderung greift für alle Kinder bis 14 Jahre. Alleinverdiener-Ehepaare erhalten die volle Förderung nur für Kinder von 4 bis 6. Um die Betreuungskosten für alle Eltern un-



mittelbar zu senken, wollen wir die Gebührenfreiheit im letzten Kindergartenjahr gemeinsam mit Ländern und Gemeinden bundesweit umsetzen.

Best Practise

Beispiel Rheinland-Pfalz

Förderung von Anfang an

Das Land Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsident Kurt Beck an der Spitze setzt bereits seit Jahren klare Prioritäten bei den Investitionen in die Bildung von Anfang an. Inzwischen fließt ein Viertel des Landesetats in frühkindliche Förderung. Damit liegt Rheinland-Pfalz an der Spitze aller Bundesländer. Neben dem Ausbau der Ganztagschulen, den Rheinland-Pfalz bereits seit 2001 massiv vorantreibt, sind jetzt mit dem Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ weitere innovative Schwerpunkte zur Förderung von Kindern und Familien gesetzt worden.

Bereits von diesem Jahr an ist für alle Eltern das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei. Die Kosten in Höhe von ca. 25 Millionen Euro jährlich übernimmt das Land. Eltern werden so durchschnittlich um ca. 600 Euro entlastet. Mit der Beitragsfreiheit soll erreicht werden, dass alle Kinder den Kindergarten im letzten Jahr vor der Einschulung besuchen und über dessen Förderangebote optimal auf die Schule vorbereitet werden. Mit dem Ausbau der Sprachförderung und der Schulvorbereitung wird der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten zudem weiter gestärkt. Davon profitieren alle.

Um die Kommunen beim Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten von Kindern unter drei Jahren noch mehr zu unterstützen, wurden die Zuschüsse zu den Personalkosten um weitere zehn Prozentpunkte erhöht. Weiterhin werden die Kindergärten verstärkt für Kinder ab zwei Jahren geöffnet, wobei das Land den Trägeranteil der zusätzlichen Personalkosten übernimmt. So werden außerdem Kindertagesstätten wohnortnah erhalten. Über die Öffnung der Kindergärten erhalten ab 2010 alle Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem 2. Geburtstag, wobei das Land durch eine Bonus-Regelung alle Mehrkosten des Rechtsanspruchs übernimmt.

Anteil der Ausgaben für Kinderbetreuung in den Bundesländern am Gesamthaushalt in Prozent



Wettbewerb für familienfreundliche Unternehmen

Familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt sind unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Familienpolitik. Und Familienfreundlichkeit zahlt sich aus – volkswirtschaftlich, aber auch betriebswirtschaftlich für das einzelne Unternehmen. Durch gute Möglichkeiten, Beruf und Familie in Einklang zu bringen, sinken beispielsweise Personalfuktuation und Krankenstand; die Motivation der Mitarbeiter steigt. Viele Betriebe haben das bereits erkannt und bieten ihren Beschäftigten mit Kindern Unterstützung durch betriebsinterne Betreuung, flexible Arbeitszeitmodelle, Vermittlung von Dienstleistungen, Freistellungsregelungen oder anderes.

Um ihre Anstrengungen zu würdigen und die positiven Beispiele weiter zu verbreiten, haben Gerhard Schröder und Renate Schmidt im Jahr 2005 aus 366 Bewerbungen von Unternehmen und Institutionen die familienfreundlichsten Unternehmen Deutschlands in fünf Kategorien ausgezeichnet, nachdem alle Bewerber von Experten eingehend geprüft worden waren. Ausgezeichnet wurden: Anton Schönberger Stahlbau und Metalltechnik (kleine Unternehmen), Komsa Kommunikation Sachsen AG (mittelgroße Unternehmen), Henkel KGaA (große Unternehmen), Weleda AG (Innovationspreis für besonders zukunftsweisende Modelle) und das Forum „Frauen in der Wirtschaft“ (Sonderpreis).

www.erfolgsmotor-familie.de

Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“

Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ wurde im Jahr 2004 von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt ins Leben gerufen. Verschiedene gesellschaftliche Gruppen – Verbände, Unternehmen, Kammern, kommunale Stellen – schließen sich hier mit dem Ziel zusammen, vor Ort die Lebensbedingungen für Familien zu verbessern. Sie werden durch eine Servicestelle beim Bundesfamilienministerium unterstützt. Bis heute haben sich bereits in 260 Kommunen Bündnisse gegründet, die über 30 Millionen Menschen erreichen. Weitere 200 Bündnisgründungen sind in Vorbereitung. Durch die Vielzahl lokaler Bündnisse mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten unterstützt die Initiative wirksam den Wandel hin zu mehr Familienfreundlichkeit in Deutschland.

Servicebüro Lokale Bündnisse für Familie
Charlottenstraße 65 (Am Gendarmenmarkt)
10117 Berlin-Mitte
Postanschrift: Am Neutor 5 53113 Bonn
Telefon: 0180-52 52 212 Telefax: 0180-52 52 213
E-Mail: info@lokale-buendnisse-fuer-familie.de
▶▶▶ www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de



Im Januar 2006 gibt es bereits in 257 Städten und Gemeinden lokale Bündnisse für Familien. (Karte BMFSFJ)

Nürnberg

Mit seinem im Jahr 2000 gegründeten „Bündnis für Familie“ war Nürnberg beispielgebend für die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“.

Das Bündnis deckt alle wichtigen Handlungsfelder lokaler Familienpolitik ab: „Familie & Arbeitswelt“, „Förderung der Familie“, „Erziehung“, „Bildung“, „Kultur“ und „Die Stadt als Lebensraum für Familien“. Unter der Führung von Oberbürgermeister Ulrich Maly ist es dabei vorrangiges Ziel, familienfreundliche Strukturen weiter auszubauen, Lebens- und Spielräume für Kinder und Familien zu bewahren und die Stadt für Familien noch attraktiver zu machen. Heimische Unternehmen bilden ein eigenes Netzwerk innerhalb des Bündnisses und kooperieren bei der Einführung familienfreundlicher Maßnahmen. Unter anderem finanzieren sie einen Familienservice, der Beschäftigte mit Kindern bei individuellen Betreuungslösungen berät und unterstützt.

▶▶▶ www.bff-nbg.de

Bonn

In Bonn haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt Familien mit Kindern angesiedelt. Dem persönlichen Einsatz von Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann ist es zu verdanken, dass sich die Stadt selbst das Ziel gesteckt hat, kinderfreundlichste Kommune Deutschlands zu werden. Im August 2005 hat sich ein Lokales Bündnis für Familie gegründet, an dem neben der Stadt auch Verbände und Unternehmen beteiligt sind. Trotz großer Defizite im kommunalen Haushalt wird in den Bereichen Kinder und Familien weiterhin investiert. So kann die Stadt bereits heute für etwa 10 % der Kinder unter 3 Jahren einen Betreuungsplatz anbieten und will diese Quote bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Für 30 % der Grundschüler gibt es bereits offene Ganztagsangebote – diese Quote soll auf 50 % angehoben werden.

▶▶▶ www.spd-bonn-im-rat.de

Mehr Kinder. Bessere Bildung. Starke Familien. Soziale Gerechtigkeit. Dynamische Wirtschaft.

Wir sichern Deutschlands Zukunft

Der SPD-Parteivorstand hat am 16. Januar 2006 auf seiner Klausurtagung in Mainz ein familienpolitisches Grundsatzpapier beschlossen. Wir dokumentieren den Beschluss in Auszügen. Komplette ist er auf den Internetseiten der SPD zu finden.

Konsequente Verbindung von Bildung und Betreuung.

Wir wollen insbesondere für die Kleinsten die Betreuungsangebote ausbauen. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder unter drei Jahren ab 2010. ... Wir wollen, dass jedes Kind einen Platz in einer Kindertagesstätte erhält. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch ab dem zweiten Lebensjahr ein. Zumindest im letzten Jahr vor der Schule sollte jedes Kind einen Kindergarten besuchen. Die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr – wie ab 2006 in Rheinland-Pfalz – ist ein wichtiger Schritt dahin. ... Wir wollen die Zahl der Ganztagschulen weiter deutlich erhöhen. Eltern brauchen mehr verlässliche Ganztagsbetreuung, die Schülerinnen und Schüler brauchen Zeit zum Lernen. ...

Stärkung von Kindern und Familien.

Eltern brauchen Unterstützung. Damit möglichst alle Kinder gut aufwachsen, brauchen wir eine Kultur des Hinschauens, eine Kultur der öffentlichen Verantwortung für jedes Kind. Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihrer Verantwortung Rechnung tragen zu können. Familien brauchen leicht erreichbare, verstärkt auch aufsuchende und frühe Hilfen in Eltern-Kind-Zentren. Diese können in Kindertagesstätten, Gesundheitseinrichtungen, Nachbarschaftshäusern, Elterncafés oder Familienzentren angesiedelt sein. ...

Eine humane Arbeitswelt.

Junge Frauen und Männer erhalten gerade im Familiengründungsalter zunehmend befristete Verträge. Schwangerschaft steigert in diesen Fällen das Risiko, arbeitslos zu werden. Junge Männer fürchten um ihre berufliche Stellung, wenn sie Elternzeit beanspruchen; entsprechend nehmen nur fünf Prozent der jungen Männer in Deutschland Elternzeit in Anspruch. ... Die Tarifpartner tragen Verantwortung, familiengerechte Arbeit zum Thema von Tarifverhandlungen zu machen. In Betriebsvereinbarungen können konkrete Schritte in Richtung auf familienfreundliche Arbeitsplatz- und Zeitgestaltung festgelegt werden.

Ein neuer Blick auf die Lebensarbeitszeit.

Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung (81,5 Jahre bei Frauen und 75,9 Jahre bei Männern) müssten Familiengründung, Berufseinstieg und Karriere nicht parallel in den Jahren zwischen 30 und 35 stattfinden. ... Deshalb muss Familiengründung zum Beispiel stärker als bisher bereits in der Ausbildungsphase möglich sein: durch unterstützende Strukturen an Hochschulen und eine Ausbildungsförderung, die auch jungen Menschen die frühere ökonomische Selbständigkeit ermöglicht. ...

Allianzen für Familie.

Wir haben mit der Allianz für Familie und den lokalen Bündnissen einen innovativen Weg eingeschlagen, um die Kooperation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auch auf der lokalen Ebene zu verankern und dort konkrete Strategien für mehr Familienfreundlichkeit zu entwickeln. ...

Bessere Unterstützung von Familien.

... Bei den familienpolitischen Ausgaben stehen wir im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe. Das ist angesichts von Geburtenrückgang sowie Kinder- und Familienarmut in Deutschland eine paradoxe Situation. Es verdeutlicht, dass der von uns in den zurückliegenden Jahren eingeleitete Paradigmenwechsel weg von den direkten Leistungen, hin zu Investitionen in Infrastruktur, ergänzt durch zielgenauere Förderinstrumente wie Kinderzuschlag und Elterngeld, überfällig war. ...

Unsere Familienpolitik ▶▶▶ www.spd.de

Arbeitshilfen

Materialien des SPD-Parteivorstandes



Flyer „Mehr Kinder braucht das Land“
Art.-Nr.: 2607218
Preis: 0,05 €



Plakat im Querformat (Wandzeitung)
„Mehr Kinder braucht das Land“ (A 1)
Art.-Nr.: 1803341 Preis: 1,00 €

Plakat im Querformat (Wandzeitung)
„Mehr Kinder braucht das Land“ (A 2)
Art.-Nr.: 1803342 Preis: 1,00 €



Flyer „Beste Chancen von Anfang an“
Art.-Nr.: 2607217
Preis: 0,05 €



Plakat im Querformat (Wandzeitung)
„Chancengleichheit in der Bildung“ (A1)
Art.-Nr.: 1803331 Preis: 1,00 €

Plakat im Querformat (Wandzeitung)
„Chancengleichheit in der Bildung“ (A 2)
Art.-Nr.: 1803332 Preis: 1,00 €

Weitere Materialien zur Kampagne (z.B. der familienpolitische Beschluss der SPD) sowie sämtliche Grafiken aus dieser Broschüre (als jpg-Datei) stehen im Mitgliedernetz der SPD.
www.spd-online.de

Die Materialien können beim SPD-Vertriebsservice bestellt werden:
 im Internet: <http://www.spd-shop.de> E-Mail: carola.lemke@spd.de
 Tel.: +49 (0)30 25991 200 FAX: +49 (0)30 25991 360

Literaturhinweise

- Zukunft Familie. Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht. Herausgeber: Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), September 2005
- Aus POLITIK und ZEITGESCHICHTE: „Familienpolitik“ (Heft 23–24/2005)
- Lokale Bündnisse für Familie. Stationen, Erfolge, Impulse. Herausgeber: Servicebüro Lokale Bündnisse, im Auftrag des BMFSFJ, September 2005
- S. Kröhnert, R. Klingholz, Emanzipation oder Kindergeld?, in: „Sozialer Fortschritt“, Dez. 2005
- Prof. B. Rürup/ Dipl.Vw. Sandra Gruescu, Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ (November 2003)
- Starke Familie. Bericht der Kommission „Familie und demografischer Wandel“ im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart 2005

Internet-Links

- ▶ www.forumfamilie.spd.de
Das SPD-Familienforum mit Materialien und weiteren Link-Hinweisen
- ▶ www.dji.de
Das Deutsche Jugendinstitut mit Datenbanken zur Jugend- und Familienforschung
- ▶ www.deutschland-wird-familienfreundlich.de
Familienpolitische Seite des BMFSFJ
- ▶ www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de
Überblick über lokale Aktionen für Familien
- ▶ <http://epp.eurostat.ec.eu.int>
EU-Datenserver mit europäischen Strukturdaten
- ▶ www.berlin-institut.org
Das Berlin-Institut für Weltbevölkerung und globale Entwicklung mit wichtigen Demografie-Daten,
- ▶ www.demogr.mpg.de
Das Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock mit interessanten Studien